Meclîsa Gundê Mihoka Meclîsa
Gundê Mihoka Meclîsa Gundê
Mihoka Meclîsa Gundê Mihoka
Meclîsa Gundê Mihoka Meclîsa
Gundê Mihoka Meclîsa Gundê
Mihoka Meclîsa Gundê Mihoka
Meclîsa Gundê Mihoka Meclîsa
Ezîdiye Gundê Mihoka Meclîsa
Gundê Mihoka Meclîsa Gundê
Mihoka Meclîsa Gundê Mihoka
Meclîsa Gundê Mihoka Meclîsa
Gundê Mihoka Meclîsa Gundê
Mihoka Meclîsa Gundê Mihoka

Meclîsa Gundên Mihoka e.V.
Dorfgemeinschaft der Mihokis (Güneli)
Vereinssatzung
30.03.2019

Satzung Meclîsa Gundên Mihoka

Kurzübersicht

- § 1 Name und Sitz
- § 2 Ziel und Aufgaben
- § 3 Gemeinnützigkeit und politische Neutralität
- § 4 Erwerb der Mitgliedschaft
- § 5 Austritt und Ausschluss der Mitgliedschaft
- § 6 Aufbringung der Mittel
- § 7 Der Vorstand
- § 8 Beschlussfassung des Vorstandes
- § 9 Der Beirat
- § 10 Ausschüsse
- § 11 Mitgliederversammlung
- § 12 Einladungsfrist
- § 13 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung
- § 14 Satzungsänderungen
- § 15 Auflösung des Vereins
- § 16 Mitteilungsblatt
- § 17 Geschäftsjahr

§ 1

Name und Sitz

Der Verein führt den Namen „*Dorfgemeinschaft der Mihoka (Güneli)*“ (kurdisch: *Meclîsa Gundên Mihoka (Güneli)*)“ und hat seinen Sitz in Ottweiler/ Saar (Am Wingertsbach 1).

Der Verein strebt die Eintragung in das Vereinsregister sowie die Anerkennung als gemeinnütziger Verein an.

§ 2

Ziel und Aufgaben

Das Ziel des Vereins ist die Aufrechterhaltung und Weitervermittlung der religiösen und kulturellen Inhalte der kurdisch-ezidischen Gesellschaft der Mihoka's, sie zu stärken und zu modernisieren, ohne dass elementare Kernpunkte der Religion verändert werden, damit den Êziden eine pluralistische Integration auf Basis einer eigenen kulturellen Identität erleichtert wird. Im Sinne der multikulturellen Gesellschaft in Deutschland sollen Toleranz, Akzeptanz, Freundschaft und ein demokratisches Miteinander gefördert und gestärkt werden.

Die Dorfgemeinschaft der Mihoka ächtet jede Form von Gewalt und Rassismus. Er tritt jeglicher Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion, Hautfarbe, Geschlecht und Weltanschauung entschlossen entgegen.

Den Eziden soll eine Möglichkeit zur Fortführung und Vertiefung ihrer Kultur in Freiheit gegeben werden. Der Verein beachtet hierbei im Besonderen die jugendspezifischen Themen, interkulturelle Lebenswelten und die Rolle der kurdisch-ezidischen Frauen. Dieses Ziel soll insbesondere durch die Erfüllung der nachstehenden Aufgaben verwirklicht werden:

1. Erhaltung und Förderung der Gemeinschaft der Mihoka.
2. Förderung religiöser, kultureller, sportlicher und sonstiger Veranstaltungen, die zum Wohle der ezidischen Gesellschaft der Mihoka und aller anderen MitbürgerInnen dienen sollen.
3. Bereitstellung von Räumlichkeiten im Rahmen der Möglichkeiten zur Durchführung von Veranstaltungen, die den Vereinszweck unterstützen, wie z.B. religiöse Feiern, interkulturelle Veranstaltungen, Diskussionsrunden, Informationsveranstaltungen, Projekte usw.
4. Schaffung von Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche. Probleme, die sich aus dem Aufwachsen der Jugendlichen in zwei Kulturen ergeben, finden besondere Beachtung.
5. Vertretung der ezidischen Gesellschaft der Mihoka Interessen in der Öffentlichkeit (Öffentlichkeitsarbeit).
6. Förderung interkultureller Begegnungen zur Aufklärung und Information über Kulturen bzw. Religionen.
7. Bildung eines Meinungsforums zur Bewältigung alltäglicher Probleme, die sich u.a. aus dem Leben in einem kulturell fremden Umfeld ergeben.
8. Kooperation/Zusammenarbeit mit Organisationen, die die Interessen des Vereins unterstützen.
9. Durchführung/Unterstützung von/bei Integrationskursen.
10. Aufklärung und Bildung der ezidischen Gesellschaft der Mihoka durch Vorträge, Erlernen der jeweiligen Landessprache und Vermittlung des demokratischen Rechtssystems sowie kultureller Inhalte.

§ 3

Gemeinnützigkeit und politische Neutralität

1. Die Dorfgemeinschaft der Mihoka verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.
2. Die Dorfgemeinschaft Mihoka ist unabhängig von politischen Parteien, anderen Religionsgemeinschaften, wirtschaftlichen Gruppen und Einzelinteressen.

§ 4

Erwerb der Mitgliedschaft

1. Ordentliches Mitglied können alle Personen werden, die die oben genannten Interessen des Vereins im Sinne des § 2 dieser Satzung unterstützen und die Satzung anerkennen. Nur Personen, die sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen, können die Mitgliedschaft erwerben.
2. Außerordentliche Mitglieder können auch natürliche und juristische Personen ezidischer und Nicht-Ezidischer Herkunft sein, die die Interessen des Vereins im Sinne des § 2 dieser Satzung fördern.
3. Die Aufnahme in den Verein erfolgt nach schriftlichem Aufnahmeantrag durch Beschluss des Vorstandes. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Ersten des Monats, der auf dem Monat folgt, in dem der Vorstandsbeschluss erfolgte.

§ 5

Austritt und Ausschluss der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft erlischt durch Austritt, Ausschluss oder Tod.
2. Der Austritt aus dem Verein erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber vertretungsberechtigten Vorstandsmitgliedern. Sie wird zum auf den Eingang des Kündigungsschreibens folgenden Quartalsende wirksam.
3. Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn er gegen die berechtigten Belange des Vereins verstößt, unehrenhaft handelt, oder durch ein die Vereinsziele schädigendes Verhalten, Verletzung satzungsgemäßer Pflichten oder Beitrittsrückstände von mindestens einem Jahr. Der Ausschluss muss vom Vorstand mit einer Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden. Im Falle eines geringeren Mehrheitsverhältnisses muss der Antrag auf Verlangen des Betroffenen der Mitgliederversammlung vorgelegt werden. Diese entscheidet mit einfacher Mehrheit über den Ausschluss.

§ 6 Aufbringung der Mittel

Die erforderlichen Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks sowie zur Unterhaltung des Vereins werden aufgebracht durch

1. Geld- und Sachspenden, Subventionen, öffentliche Zuschüsse, Stiftungen oder private Spenden.
2. Mitgliedsbeiträge werden nach Bestimmung der Mitgliederversammlung erhoben und durch diese in der Höhe festgelegt.
3. Zuwendungen Dritter dürfen nur akzeptiert werden, wenn sie nicht zu Bedingungen verpflichtet, die im Widerspruch zum Zweck der Vereinigung oder ihrer Unabhängigkeit oder Überparteilichkeit stehen.
4. Alle Einnahmen des Vereins müssen zur Förderung des gemeinnützigen Zweckes verwendet werden. Dies gilt ebenfalls für das Vereinsvermögen.

§ 7 Der Vorstand

1. Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus zehn Personen, die die Mitglieder aus ihrer Mitte wählen. Der Vorstand besteht aus
 - a. Erste(r) Vorsitzende(r)
 - b. zweite(r) Vorsitzende(r)
 - c. Schatzmeister(in)
 - d. Schriftführer(in)
 - e. sechs weitere Mitglieder
2. Der erste Vorsitzende, sowie der zweite Vorsitzende werden von der Mitgliederversammlung durch Einzelwahl in einem besonderen Wahlgang bestimmt. Dabei hat jedes Mitglied pro Wahlgang nur eine Stimme.
3. Alle anderen Vorstandsmitglieder werden durch Gesamtlistenwahl von der Mitgliederversammlung gewählt.
4. Alle Vorstandsmitglieder müssen bei Ihrer Wahl, ausgenommen die Initialwahlen bei Gründung des Vereins, eine ordentliche Mitgliedschaft von mindestens 6 Monaten nachweisen können und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt, bleibt jedoch nach Ablauf der Amtszeit bis zur Neuwahl eines Vorstandes im Amt. Die Mitgliederversammlung wählt gleichzeitig mit der Vorstandswahl zwei Ersatzmitglieder, die für den Fall eines Ausscheidens eines Vorstandsmitgliedes im Verhältnis ihrer Stimmanteile nachrücken können.
5. Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig. Alle Zuwendungen, die sie in dieser Funktion von Dritten (Firmen und Verbände o.ä.) erhalten, sind unverzüglich dem Vereinsvermögen zuzuleiten.
6. Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte und ist für die Wahrnehmung der sich aus § 2 dieser Satzung ergebenden Aufgaben verantwortlich. Der Vorstand kann einzelne seiner Mitglieder mit der Führung der laufenden Geschäfte oder auch teilweise Übernahme dieser Aufgaben beauftragen.
7. Vertretungsberechtigt sind jeweils zwei Vorstandsmitglieder, unter denen mindestens der 1. Vorsitzende, der 2. Vorsitzende oder der Schriftführer vertreten sein muss.
8. Der Vorstand koordiniert und unterstützt die Arbeit der verschiedenen Ausschüsse.
9. Eine Wiederwahl von Vorstandsmitgliedern ist zulässig.

§ 8 Beschlussfassung des Vorstandes

1. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im Allgemeinen in Vorstandssitzungen, die vom 1. Vorsitzenden und im Verhinderungsfalle vom 2. Vorsitzenden, mindestens einmal alle zwei Monate einberufen und geleitet werden.
2. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens sieben Vorstandsmitglieder, darunter der 1. Vorsitzende oder der 2. Vorsitzende, anwesend sind. Bei Stimmgleichheit ist der Sitzungsleiter dazu berechtigt, mit seiner Stimme den Beschluss durchzusetzen. Die gefassten Beschlüsse sind mit Angabe von Ort, Zeit, Teilnehmern und Abstimmungsergebnis schriftlich fest zu halten und vom Sitzungsleiter sowie vom Schriftführer zu unterzeichnen.

§ 9 Der Beirat

1. Der Beirat besteht aus mind. fünf Personen. Die Beiratsmitglieder müssen bei ihrer Ernennung, ausgenommen die Initialwahlen bei Gründung des Vereins, eine ordentliche Mitgliedschaft von mindestens drei Monaten nachweisen können und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Er wird vom Vorstand auf die Dauer von zwei Jahren ernannt. Tritt ein Beiratsmitglied während der Amtszeit zurück, wird ein Nachfolger für den Rest der Amtszeit vom Vorstand ernannt.
2. Der Beirat hat das Recht an Vorstandssitzungen teilzunehmen. Er ist bei Vorstandsbeschlüssen nicht stimmberechtigt, soll jedoch als beratendes Element gehört werden.

§ 10 Ausschüsse

Zur Wahrnehmung der im § 2 genannten Aufgaben werden folgende Ausschüsse vom Vorstand gebildet:

- a) Komitee für Auslandsübergreifende Arbeit „Gunden Mihoka – Dörfer der Mihoka“
- b) Komitee für Inlands-übergreifende Gemeinde Arbeit
- c) Frauenkomitee
- d) Jugendkomitee
- e) Ältestenbeirat

§ 11 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins und besteht aus den ordentlichen Mitgliedern. Außerordentliche Mitglieder können an der Mitgliederversammlung teilnehmen, sind aber nicht stimmberechtigt. Die Mitgliederversammlung tritt regelmäßig einmal im Jahr zusammen. Bei besonderen Anlässen kann die Mitgliederversammlung außerhalb dieser Zeit einberufen werden; Dies ist der Fall, wenn die Vereinsinteressen dies erfordern oder wenn ein Viertel der Mitglieder dies unter Angabe der Gründe schriftlich vom Vorstand verlangt.
2. Beschlussfähig sind alle ordentlichen Mitglieder, die das 16. Lebensjahr vollendet haben.
3. Die Mitgliederversammlung beschließt insbesondere über
 - die Entlastung des Vorstandes nach vorangegangener Erstattung des Geschäfts- sowie des
 - Kassenberichts
 - die Wahl des Vorstandes
 - die Genehmigung des Haushaltsplanes für den Zeitraum des nächsten Geschäftsjahres
 - Satzungsänderungen
 - die vorzeitige Abberufung des Vorstandes mit einfacher Mehrheit der Gesamtmitglieder

§ 12 Einladungsfrist

Die Mitgliederversammlung wird vom ersten oder im Verhinderungsfalle vom zweiten Vorsitzenden unter Einhaltung einer Einladungsfrist von zwei Wochen durch Brief oder E-Mail einberufen. Der Einberufung ist die vorläufige Tagesordnung beizufügen bzw. bekanntzugeben.

§ 13 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind schriftlich festzuhalten und mindestens für 10 Jahre in den Vereinsakten aufzubewahren. Sie müssen Ort und Zeit der Versammlung, Abstimmungsergebnisse und die Unterschriften des ersten Vorsitzenden, im Verhinderungsfalle des zweiten Vorsitzenden und des Schriftführers enthalten.

1. Die Mitgliederversammlung wird vom ersten oder im Verhinderungsfalle vom zweiten Vorsitzenden geleitet, sind beide Vorsitzenden verhindert, so wählt der verbliebene Vorstand aus seiner Mitte den Sitzungsleiter.
2. Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der erste Vorsitzende kann Gäste zulassen. Über die Zulassung der Medien beschließt der Vorstand.
3. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.
4. Stimmberechtigt sind nur die ordentlichen Mitglieder. Außerordentliche Mitglieder haben kein Stimmrecht, sollen aber gehört werden.
5. Bei einer Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen sind zulässig und finden bei der Feststellung von Abstimmungsergebnissen keine Berücksichtigung. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Die Art der Abstimmung wird vom Vorstand festgelegt. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Viertel der stimmberechtigten anwesenden Mitglieder dieses beantragt.
6. Zur Durchführung der Vorstands- und Beiratswahlen hat die Mitgliederversammlung einen Wahlausschuss zu wählen. Die Mitglieder des Wahlausschusses dürfen selbst nicht kandidieren.

§ 14 Satzungsänderungen

Vom Amtsgericht oder vom Finanzamt verlangte Änderungen der Satzung können vom Vorstand mit einfacher Mehrheit ohne Anhörung der Mitgliederversammlung vorgenommen werden. Insoweit wird der Vorstand ausdrücklich bevollmächtigt. Die Mitglieder sind unter verkehrüblichen Fristen darüber zu informieren. Nicht vom Amtsgericht oder Finanzamt verlangte oder darüber hinausgehende Änderungen der Satzung obliegen der Mitgliederversammlung.

§ 15 Auflösung des Vereins

1. Beschlüsse zur Vereinsauflösung bedürfen einer qualifizierten Mehrheit von dreiviertel der abgegebenen gültigen Stimmen.
2. Im Falle der Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall ihres gemeinnützigen Zweckes fällt das Vermögen des Vereins, erst nach Einwilligung des zuständigen Finanzamtes, an eine von der Mitgliederversammlung zu bestimmende Körperschaft des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft, die das Vermögen unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 2 dieser Satzung zu verwenden hat.